

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Hans-Michael
Goldmann, Marita Sehn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/941 –**

**Rahmenbedingungen für Waldbesitzer und mittelständische Holzwirtschaft
verbessern – Eigentumsrechte stärken**

A. Problem

Die Antragsteller fordern in ihrem Antrag, die vielfältigen Funktionen des Waldes für die Gesellschaft zu erhalten sowie ein intaktes Öko-System Wald sicherzustellen und daher die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Bewirtschaftung des Waldes so zu gestalten, dass das Prinzip der „Nachhaltigen Nutzung“ gewährleistet und eine kostendeckende Bewirtschaftung möglich ist.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen
die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/941.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/941 – abzulehnen.

Berlin, den 15. Oktober 2003

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatlerin

Georg Schirmbeck
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatlerin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Georg Schirmbeck, Cornelia Behm und Dr. Christel Happach-Kasan

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 54. Sitzung am 27. Juni 2003 den Antrag auf Drucksache 15/941 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern, die vielfältigen und wichtigen Funktionen des Waldes, der zugleich ein Schutzfaktor für Boden, Wasser, Luft und Klima bedeutet, für die gesamte Gesellschaft zu erhalten sowie den umweltfreundlichen und nachwachsenden Rohstoff Holz durch ein Prinzip der „Nachhaltigen Nutzung“ durch gesetzliche Rahmenbedingungen zu schützen und zu erhalten.

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, dass Bundeswaldgesetz als Rahmenrecht zu erhalten, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ eine gezielte Weiterentwicklung der Fördermaßnahmen zum Erhalt gesunder Waldböden vorzunehmen, bei der Zertifizierung von Forstbetrieben die notwendige Neutralität zu wahren, die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des nachwachsenden Rohstoffes Holz auszuschöpfen und dessen Verwendung durch Anpassung entsprechender bestehender Regelungen weiter auszubauen sowie auf europäischer und internationaler Ebene darauf hinzuwirken, dass in Verantwortung für den Erhalt der Wälder in den Regionen Mitteleuropas, die potentielle Waldgebiete darstellen, besser genutzt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 36. Sitzung am 15. Oktober 2003 den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 22. Sitzung am 15. Oktober 2003 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU gegen den Antrag votiert.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 22. Sitzung am 24. September 2003 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat seine abschließende Beratung der Vorlage in der 20. Sitzung am 15. Oktober 2003 vorgenommen.

Übereinstimmend wurde hervorgehoben, dass die vielfältigen Funktionen des Waldes und seine entsprechende Bedeutung für die Gesellschaft von großem Wert seien.

Von den **Koalitionsfraktionen** wurde an dem FDP-Antrag bemängelt, dass er nur wenig konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wälder enthalte. So bliebe das wichtige Thema Minimierung der Luftschadstoffe ausgeklammert. Da die Wälder die Produktionsgrundlage für die Forst- und Holzwirtschaft darstellen, müsste die Verbesserung des Waldzustandes im Vordergrund der Betrachtung stehen. Auch sei der Antrag weitgehend überholt, da eine Reihe der geforderten Maßnahmen bereits auf der Grundlage eines Koalitionsantrages im Mai 2003 im Ausschuss beraten und beschlossen worden sei. So trete man auch für eine Entbürokratisierung, nachhaltiges Wirtschaften und die Steigerung des Absatzes von deutschem Holz als nachwachsendem Rohstoff ein. Nicht übersehen werden dürfe jedoch, dass sich die aktuelle Konjunktur auch negativ auf die Forstwirtschaft auswirke. Möglichkeiten für Ausgleichsmaßnahmen bei FFH-Flächen sollten daher geprüft werden.

Von der **CDU/CSU-Fraktion** wurde darauf hingewiesen, dass die Holzernte in Deutschland um 25 Prozent gesteigert werden könnte, ohne dabei die Ressourcen zu gefährden. Auch müssten die Möglichkeiten zum Einsatz von Energieholz erweitert werden. Insgesamt gelte es, die regionalen sehr unterschiedlichen Strukturen zu berücksichtigen, und zwar durch eine Stärkung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse. Zur Eindämmung der Emissionen würden die Mittel zur Bodenkalkung heute nur noch sehr begrenzt zur Verfügung stehen und könnten z. T. wegen unzureichender Finanzierung nicht genutzt werden. Beschränkungen in FFH-Gebieten müssten durch Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. Vorgeschlagen wurde eine konstruktive fachliche Diskussion der verschiedenen Nutzer des Waldes.

Seitens der **FDP-Fraktion** wurde die aktuelle Situation als dramatisch bezeichnet. Allein bei den Flächen des Bundes beliefen sich die Verluste auf ca. 1 Mio. Euro. Die wirtschaftliche Existenz der Forstwirtschaft stehe auf dem Spiel. Notwendig sei es, die Lage der Waldbesitzer zu verbessern, um wenigstens einen Deckungsbeitrag erzielen zu können. Im Übrigen biete das bestehende Waldgesetz ausreichende Instrumente zum Schutz des Waldes.

Im Übrigen wurde auf die ausführliche Aussprache im Plenum anlässlich der Überweisung der Vorlage in der 54. Sitzung am 27. Juni 2003 verwiesen.

Der 10. Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 15/941 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Berlin, den 15. Oktober 2003

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatlerin

Georg Schirmbeck
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatlerin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatlerin